



## POLITIK / KOMMENTAR

### Ökonomie - Zukunftsschlachtfeld Wirtschaft ...

(SB) - Die gern zitierte Aussage des Carl von Clausewitz, wonach Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, ließe sich natürlich auch auf weitere Kernelemente menschlicher Vergesellschaftung wie insbesondere die Wirtschaft anwenden. Fressen und gefressen werden - diese Urratio stoffwechselnder Existenzweise hat auch die Menschheitsentwicklung nie überwunden, wohl aber auf extreme Weise bis hin zur potentiellen Ausrottung der eigenen Art - von anderen Lebensformen ganz zu schweigen - auf die Spitze der Zerstörung getrieben ... (Seite 3)

## SCHACH - SPHINX

### Im Tie-Break gestrauchelt

Rachsüchtig ist der Inder Viswanathan Anand nie gewesen. Seine Philosophie steht über solchen Kleinigkeiten. Dennoch hätte er sich mit Sicherheit über einen Sieg gegen Anatoli Karpow in Wijk aan Zee gefreut. So aber unterlag er dem FIDE-Champion schließlich in Lausanne beim Weltmeisterschaftskampf ausge-rechnet im Tie-Break in beiden Partien. Um so bedauerlicher waren diese beiden Niederlagen, als Anand gerade im Schnellschach favorisiert galt. Doch ... (S. 5)

## Brexit -

### auf Schlingerkurs ...

(SB) 7. Februar 2019 - Am heutigen 7. Februar traf Theresa May in Brüssel mit dem EU-Kommissionspräsidenten Jean-Claude Juncker zusammen. In Sachen Brexit war die Stunde der Wahrheit gekommen. Gestützt auf das Votum einer knappen Regierungsmehrheit im britischen Unterhaus trug May ihr Anliegen, Neuverhandlungen des Abkommens über den Austritt des Vereinigten Königreichs Großbritanniens und Nordirlands aus der Europäischen Union, vor allem die Streichung des sogenannten Backstop in bezug auf die innerirische Grenze, nach Angaben der Pressestelle von Number 10 Downing Street "robust" vor. Wie vor ihm EU-Chefunterhändler Michel Barnier und dessen Stellvertreterin Sabine Weyand blieb Juncker hart. Neue Verhandlungen kämen nicht in Frage, am Backstop werde festgehalten. Daraufhin haben May und Juncker vereinbart, sich Ende Februar erneut zu treffen. Bis dahin sollen die Verhandlungsdelegationen Londons und Brüssels versuchen, einen ergänzenden Passus zur politischen Begleiterklärung zum Withdrawal Agreement zu formulieren, welche

die Ängste der Regierung Großbritanniens, das Land werde durch den Backstop für immer an Zollunion und Binnenmarkt rechtlich gebunden sein, zerstreuen soll.

Entgegen des ersten Eindrucks, in Sachen Brexit werde einfach erneut auf Zeit gespielt, waren hier die wichtigsten Würfel gefallen. Wie der langjährige Politikkorrespondent der BBC Robert Peston gleich nach dem Treffen May-Juncker per Twitter richtig feststellte, hatte sich die Premierministerin gerade endgültig von der Gefangenschaft durch die harten Brexiteers in der eigenen konservativen Partei, vertreten vor allem durch die European Research Group (ERG) um Jacob-Rees Mogg, sowie bei der fundamentalistisch-protestantischen Democratic Unionist Party (DUP) aus Nordirland befreit. Diese Kräfte beharrten bis zuletzt auf die Streichung des Backstop angeblich aus Angst, diese jene Garantie, auch nach dem Brexit keine handels- oder ordnungspolitischen Differenzen zwischen Nordirland und dem EU-Mitgliedsstaat Republik Irland aufkommen zu lassen, käme der schleichenden

Wiedervereinigung der grünen Insel gleich.

In den letzten Tagen war zunehmend klar geworden, daß ein Festhalten am kompromißlosen Kurs von ERG und DUP gegenüber Brüssel zwangsläufig zum No-Deal-Brexit am Austrittsdatum, dem 29. März, führen und das Vereinigte Königreich damit in eine wirtschaftliche und politische Katastrophe stürzen mußte. Verschiedene Schreckensmeldungen haben den Ernst der Lage verdeutlicht. Hierzu gehörten die Existenz eines Notfallplans, Königin Elizabeth II bei einem eventuellen Zusammenbruch der öffentlichen Ordnung außer Landes zu bringen, die Entscheidung des japanischen Autoherstellers Nissan, den neuen X-Trail-Allradwagen nicht mehr wie ursprünglich beabsichtigt in seiner Fabrik im nordenglischen Sunderland zu bauen, sowie Berichte über eine drohende Medikamenten- und Lebensmittelknappheit.

Am 5. und 6. Februar verbrachte May zwei Tage in Nordirland, wo sie bei Treffen mit Politikern, Geschäftsleuten und Vertretern zivilgesellschaftlicher Gruppen ohne nennenswerten Erfolg für "ihren" Austrittsvertrag samt Revidierung des Backstop warb. Daß die nationalistische Sinn Féin ein baldestmögliches Referendum über die Wiedervereinigung Nordirlands mit der Republik bzw. als Minimum ein Festhalten am Backstop verlangen würde, war von vornherein klar. Wenig überraschend dürfte für May auch die Enttäuschung gewesen sein, die ihr viele protestantische Unternehmer und Bauern entgebrachten. Diese

hatten sich im Dezember und Januar öffentlich für Mays Austrittsdeal samt Backstop stark gemacht und waren dafür von der DUP-Führung als Verräter an der unionistischen Sache beschimpft worden, nur um Ende Januar mitansehen zu müssen, wie die Premierministerin bei der entscheidenden Abstimmung im Unterhaus vor den ERG-Hinterbänkern und der zehnköpfigen Fraktion der Democratic Unionists eingeknickt war.

Irgendwie scheint sich May während des 48stündigen Besuchs in der einstigen Unruheprovinz auf ihre Verantwortung für den Frieden in Nordirland besonnen und dafür entschieden zu haben, daß er wichtiger als der Zusammenhalt ihrer konservativen Partei bzw. deren aktuelle Allianz mit der DUP sei. Noch während in London die harten Brexiteers mit Hilfe des japanischen Konzern Fujitsu an einem High-Tech-Ersatz für eine feste Grenzanlage bastelten, erklärte May bei ihrer wichtigsten Rede in Belfast, ihre Regierung werde "nichts unternehmen", was den Frieden in Nordirland und den reibungslosen Personen- und Warenverkehr auf der Insel gefährden könnte. Zwar erwähnte May erneut den Backstop, aber diesmal sprach sie plötzlich von der Notwendigkeit, die Garantie "zu ändern" - und nicht mehr, wie von ERG und der DUP verlangt, davon, sie in Verhandlungen mit Brüssel gänzlich abzuschaffen. Bei den harten Brexiteers witterte man sofort Verrat. Aus London wurde im Nu gemeldet, May habe mit der Belfaster Rede den Burgfrieden bei den Tories zerstört, in den eigenen Rei-

hen werde erneut über einen Putsch gegen sie nachgedacht.

Doch inzwischen deutet alles darauf hin, daß die Chaostruppe um Rees-Mogg, Ex-Außenminister Boris Johnson, Ex-Brexit-Minister David Davis, Handelsminister Liam Fox und ihre Kumpane bei der DUP in Sachen Brexit ausgedient hat. Noch am Abend des 6. Februar hat Jeremy Corbyn, Chef der oppositionellen Labour-Partei, May ein schriftliches Angebot gemacht, wie sie mit Hilfe der Sozialdemokraten im Unterhaus das "Withdrawal Agreement" parlamentarisch über die Bühne bringen könne - notfalls auch gegen die 140 Stimmen der Tory-Rebellen und der zehnköpfigen DUP-Unterhausfraktion. Der Corbyn-Plan sieht Verbleib des Vereinigten Königreichs in der Zollunion und größtmögliche Nähe zum Binnenmarkt vor. Mit diesem Angebot in der Tasche reiste May nach Brüssel, um mit Juncker über einen Ausweg aus der Krise zu diskutieren.

Die totale Niederlage der harten Brexiteers aus England und ihrer unionistischen Kumpane aus Nordirland war bereits am Nachmittag des 6. Februar sichtbar, als EU-Ratsvorsitzender Donald Tusk und der irische Premierminister Leo Varadkar nach einem Arbeitstreffen in Brüssel eine Pressekonferenz abhielten. Bei diesem Anlaß hob Tusk die existentielle Bedeutung der EU als friedensstiftende, kriegsverhindernde Institution hervor, um dann vor versammelter Presse über die Frage zu sinnieren, welcher "besondere Ort in der Hölle" denjenigen vorbehalten sei, die "für den Br-

exit Stimmung gemacht haben, ohne auch nur die Idee eines Plans zu haben, wie man ihn umsetzt". Die Brexit-Befürworter reagierten beleidigt und empört auf die undiplomatischen Worte des ehemaligen polnischen Premierministers - DUP-Brexit-Sprecher Sammy Wilson beschimpfte ihn sogar als "dämonischen, dreizackschwingenden Eurofanatiker". Doch keiner von ihnen konnte den Vorwurf entkräften, den Brexit ohne jeden Plan seiner Umsetzung angezettelt zu haben. Für die Planlosigkeit und völlig unrealistischen Erwartungen der Brexiteers sprechen auch jüngste Stellungnahmen führender Mitglieder des amerikanischen Kongresses, wonach sich die Briten bei einer Beeinträchtigung des Friedens in Irland, an dessen Zustandekommen bekanntlich Washington unter der damaligen Führung Bill Clintons so energisch mitgewirkt hat, durch den Brexit jedes Freihandelsabkommen mit den USA abschminken könnten.

<http://www.schattenblick.de/infopool/europool/redakt/prtn-371.html>

Liste der neuesten und tagesaktuellen Nachrichten ...  
Kommentare ... Interviews ...  
Reportagen ... Textbeiträge ...  
Dokumente ...  
Tips und Veranstaltungen ...

<http://www.schattenblick.de/infopool/infopool.html>

## POLITIK / KOMMENTAR

### Ökonomie - Zukunftsschlachtfeld Wirtschaft ...

***Industriepolitische Strategien erleben in vielen Teilen der Welt eine Renaissance, es gibt kaum ein erfolgreiches Land, das zur Bewältigung der Aufgaben ausschließlich und ausnahmslos auf die Kräfte des Marktes setzt. Es gibt ganz offenbar Strategien rascher Expansion mit der klaren Zielrichtung, neue Märkte für die eigene Volkswirtschaft zu erobern und - wo immer möglich - zu monopolisieren."***

*Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier [1]*

(SB) 7. Februar 2019 - Die gern zitierte Aussage des Carl von Clausewitz, wonach Krieg eine bloße Fortsetzung der Politik mit anderen Mitteln sei, ließe sich natürlich auch auf weitere Kernelemente menschlicher Vergesellschaftung wie insbesondere die Wirtschaft anwenden. Fressen und gefressen werden - diese Ur-ratio stoffwechselnder Existenzweise hat auch die Menschheitsentwicklung nie überwunden, wohl aber auf extreme Weise bis hin zur potentiellen Ausrottung der eigenen Art - von anderen Lebensformen ganz zu schweigen - auf die Spitze der Zerstörung getrieben. Wenn Bundeswirtschaftsminister Peter Altmaier mit der "Nationalen Industriestrategie 2030" zum Handelskrieg bläst, geht es um nichts weniger, als deutsches Vormachtstreben auch in ökonomischer Hinsicht global durchzusetzen.

"Lesen Sie dieses Papier", hielt der Wirtschaftsminister bei der Vorstellung seines Entwurfs vor den anwesenden Journalisten den Ball betont flach. "Es ist mit viel Liebe und viel Nachdenken geschrieben, ich habe mir bei jedem Satz etwas gedacht." Auf 21 Seiten analysiert er die Ausgangsla-

ge und die Herausforderungen, denen Deutschland ausgesetzt sei, worauf er "Orientierungspunkte einer nationalen Industriepolitik" formuliert. Altmaier habe das Papier persönlich erstellt und an ihm gefeilt, heißt es in Regierungskreisen. In den kommenden Monaten soll es innerhalb der Regierung, aber auch mit Vertretern der Wirtschaft diskutiert werden, um die einzelnen Maßnahmen zu präzisieren, mit denen die Bundesrepublik im Wettbewerb bestehen könne. [2]

Was tiefstapelnd als ganz persönlicher Besinnungsaufsatz präsentiert wird, hat es in sich. Die deutsche Politik, so heißt es darin, müsse "gemeinsam mit den Akteuren der Wirtschaft" einen Beitrag zur "Industrie-Führerschaft auf nationaler, europäischer und globaler Ebene in allen relevanten Bereichen" leisten. Wie diese Wortwahl deutlich macht, handelt es sich um eine Kampfansage an die internationale Konkurrenz. Wir rüsten nicht nur militärisch, sondern auch ökonomisch massiv auf, um weltweite Führerschaft durchzusetzen, so die Botschaft des Pamphlets, das sich wie alle Kriegserklärungen des faden-scheinigen Vorwands bedient, der

Gegner lasse einem keine andere Wahl, als sich endlich zu wehren und den Spieß umzudrehen.

"Industriepolitische Strategien erleben in vielen Teilen der Welt eine Renaissance, es gibt kaum ein erfolgreiches Land, das zur Bewältigung der Aufgaben ausschließlich und ausnahmslos auf die Kräfte des Marktes setzt", schreibt Altmaier. "Es gibt ganz offenbar Strategien rascher Expansion mit der klaren Zielrichtung, neue Märkte für die eigene Volkswirtschaft zu erobern und - wo immer möglich - zu monopolisieren." Der deutsche Wirtschaftsminister räumt mit dem Konstrukt der sogenannten freien Marktwirtschaft natürlich nicht auf, die als zentrale ideologische Doktrin den erzwungenen Verkehr zu Lasten schwächerer Partner kodifiziert. Er bekennt sich jedoch offen zu angeblichen Ausnahmefällen, in denen man es mit dem freien Wettbewerb nicht so genau nehmen dürfe, wolle man nicht ins Hintertreffen geraten. Wenn sich andere nicht an die Ordnung und Regeln halten, um sich Vorteile zu verschaffen, wären wir doch dumm, uns weiterhin Zurückhaltung aufzuerlegen, schlägt Altmaier vor.

Die wirtschaftspolitischen Herausforderungen unbeantwortet zu lassen, "würde die eigenen Unternehmen in einer schwierigen Phase alleine lassen und schwächen", so der Minister. Um US-amerikanischen und chinesischen Konkurrenten "auf Augenhöhe" entgegentreten zu können, sollen Monopole gefördert werden, indem das deutsche und europäische Wettbewerbsrecht "überprüft und gegebenenfalls geändert werden". Es stelle sich zuneh-

mend die Frage nach der kritischen Größe, die für einen industriellen Akteur erforderlich ist, um am internationalen Wettbewerb erfolgreich teilzunehmen. Ob beim Bau großer Verkehrsflugzeuge, bei der Schaffung und Modernisierung von Eisenbahnsystemen, bei großen Internetplattformen, im Anlagenbau oder dem internationalen Finanz- und Bankwesen, vielerorts seien "große und starke Akteure" gefragt.

In Deutschland entstünden seit langem kaum noch neue Unternehmen dieser Größenordnung, während in den USA und in China in den letzten 20 Jahren zahlreiche große Weltmarktkonzerne insbesondere im Bereich der Telekommunikationstechnologien, des Internets und der Digitalisierung herangewachsen seien. Auch könnten ausländische Unternehmen in wichtigen Industrien zu dominierend werden und die Wertschöpfung, die derzeit in Deutschland stattfindet, an sich ziehen. Beispielsweise würden 90 Prozent der Wertschöpfung eines in Deutschland hergestellten Autos in Europa erzielt. Elektromobilität und die Entwicklung autonomer Fahrzeuge drohten diesen Wertschöpfungsanteil auf 50 Prozent zu verringern. Deshalb plädierte er für eine Batteriezellenfertigung in Europa. [3]

Neben einer Lockerung der Fusionskontrolle regt der umtriebige deutsche Wirtschaftsminister die Förderung und den Schutz bestimmter Schlüsseltechnologien wie IT-Unternehmen der Plattformökonomie, Künstliche Intelligenz, neue Biotechnologien sowie autonomes Fahren und neuartige Mobilitätskonzepte in der

Autoindustrie an. Weltweit erfolgreiche Unternehmen verfügten über eine gewaltige Kapital- und Marktmacht, doch diese Entwicklung gehe bislang an Deutschland vorbei.

Unter Verweis auf den Aufkauf deutscher Firmen in Schlüsselindustrien durch chinesische Unternehmen erklärt Altmaier, daß es vorrangig Sache der privaten Unternehmen sei, mit eigenen Angeboten "etwa durch Weiße Ritter" derartige Übernahmen zu verhindern. Gelingen das nicht, könne der Staat als "letzte Möglichkeit in sehr wichtigen Fällen für einen befristeten Zeitraum selbst als Erwerber von Unternehmensanteilen auftreten". Insgesamt dürfe sich der Anteil staatlicher Beteiligungen aber langfristig nicht erhöhen. Er regte abermals die Schaffung einer nationalen Beteiligungsfazität an, über deren Umfang regelmäßig dem Parlament zu berichten sei. Eine Teilverstaatlichung, so betonte Altmaier mehrfach, könne er sich wirklich nur als letzte Möglichkeit vorstellen, da der Staat "ein lausiger Unternehmer" sei. Deutschland müsse aber darauf achten, daß es nicht in Teilen "vom Akteur zum passiven Duldler, vom Entwicklungslabor der Welt zur verlängerten Werkbank" werde.

Woraus sich der geplante Schub speisen soll, dürfte kein Geheimnis sein. Handlungsbedarf sieht er bei den Strom- und Energiepreisen, bei der Höhe der Steuern für Unternehmen und bei der Höhe der Sozialabgaben, die dauerhaft unter 40 Prozent liegen sollen. Altmaier schreibt: Der "große Vorsprung der deutschen Industrie im Hinblick auf Technologie

und Qualität", der den "Vorteil sehr viel niedrigerer Lohn- und Fertigungskosten in wichtigen Schwellenländern" ausgeglichen habe, schmelze "langsam aber deutlich" ab. "Dadurch steigt der Wettbewerbsdruck auch dort, wo deutsche Unternehmen bislang konkurrenzlos waren." Im Klartext läuft das auf niedrigere Löhne und noch schlechtere Arbeitsbedingungen in Deutschland hinaus, da der angestrebte große Sprung der deutschen Industrie in eine weltweite Führerschaft nur durch verschärfte Ausbeutung der Lohnabhängigen herbeigeführt werden könnte. Zugleich setzt Altmaier eine ungebrochene Ausplünderung natürlicher Ressourcen und Zerstörung der Lebensbedingungen voraus, denn Klima- und Umweltschutz kommen in seinem Papier ausschließlich als Kostenfaktor und Wettbewerbsnachteil der deutschen Industrie vor. [4]

Altmaier rennt mit seiner Offensive insofern offene Türen ein, als Diskussionen um schwächelnde Industrien Deutschlands und Europas allenthalben die Runde machen. Aktuell ist die von der EU-Wettbewerbskommissarin untersagte Fusion der Eisenbahnsparren von Siemens und der französischen Alstom oder der inzwischen auch von Bundesfinanzminister Olaf Scholz befürwortete Zusammenschluß der Commerzbank mit der Deutschen Bank Gesprächsthema. So erstaunt es nicht, daß das Positionspapier überwiegend positiv aufgenommen wurde. "Wir unterstützen eine Neujustierung des europäischen Wettbewerbsrechts", so Bernd Westphal, wirtschaftspolitischer Sprecher der SPD-Bun-

destagsfraktion. "Die Herausbildung europäischer Champions, die auf dem Weltmarkt bestehen sollen, dürfen nicht durch eine zu enge europäische Marktbetrachtung verhindert werden."

Kritik an Altmaiers Industriestrategie setzte es aus einigen wirtschaftsnahen Kreisen, die befürchten, der Staat mische sich zu stark in ihre Geschäfte ein. Lars Feld, Wirtschaftsprofessor und Mitglied des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, monierte, es handle sich "bestenfalls um französische Wirtschaftstradition, schlechterdings um Planwirtschaft". Er hoffe, "dass dieses Konzept schnellstmöglich wieder in der Schublade verschwindet". Auch die FDP stolpert über ihre eigenen Füße, wenn sie kritisiert: "In schierer Panik vor dem Aufstieg Chinas verabschiedet sich die Union von der Marktwirtschaft", wie Michael Theurer, Vize-Fraktionschef der FPD im Bundestag, behauptete. Er warf Altmaier einen "gefährlichen Irrweg in Richtung Planwirtschaft" vor.

Offenbar bedarf es schon einer extrem marktliberal geschliffenen Brille, um zu übersehen, daß Peter Altmaiers Konzept nicht das geringste mit einer planwirtschaftlichen Bändigung und Überwindung der kapitalistischen Verwertung zu tun hat. Ganz im Gegenteil stellt er staatliches Handeln um so mehr in den Dienst nationaler Kapitalfraktionen, um in enger Verzahnung deutsche Vormachtsphantasien zu beflügeln, die abermals das Arbeitsregime an der Heimatfront fester zurren, um die Welt mit ihrer Aggression zu überziehen.

### Anmerkungen:

[1] [www.wsws.org/de/articles/2019/02/07/indu-f06.html](http://www.wsws.org/de/articles/2019/02/07/indu-f06.html)

[2] [www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wirtschaftspolitik-das-ist-die-neue-industriepolitische-strategie-von-wirtschaftsminister-altmaier/23950112.html](http://www.handelsblatt.com/politik/deutschland/wirtschaftspolitik-das-ist-die-neue-industriepolitische-strategie-von-wirtschaftsminister-altmaier/23950112.html)

[3] [www.faz.net/aktuell/wirtschaft/altmeier-legt-eine-industriestrategie-fuer-die-bundesrepublik-vor-16025363.html](http://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/altmeier-legt-eine-industriestrategie-fuer-die-bundesrepublik-vor-16025363.html)

[4] [www.taz.de/Deutsche-Strategie-und-Welthandel/!5567570/](http://www.taz.de/Deutsche-Strategie-und-Welthandel/!5567570/)

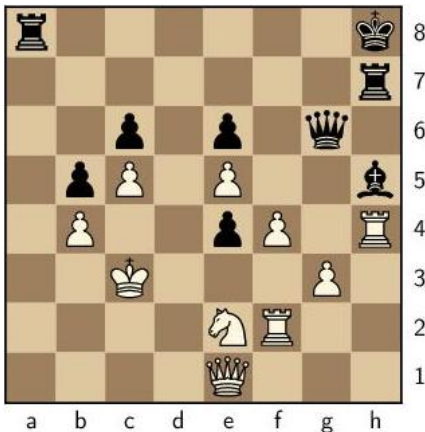
<http://www.schattenblick.de/infopool/politik/kommen/raub1183.html>

## SCHACH - SPHINX

### Im Tie-Break gestrauchelt

Rachsüchtig ist der Inder Viswanathan Anand nie gewesen. Seine Philosophie steht über solchen Kleinigkeiten. Dennoch hätte er sich mit Sicherheit über einen Sieg gegen Anatoli Karpow in Wijk aan Zee gefreut. So aber unterlag er dem FIDE-Champion schließlich in Lausanne beim Weltmeisterschaftskampf ausge-rechnet im Tie-Break in beiden Partien. Um so bedauerlicher waren diese beiden Niederlagen, als Anand gerade im Schnellschach favorisiert galt. Doch der kräftezehrende Qualifikationsdrill im Dezember 1997 und dann der Beginn der WM ein paar Tage später hatten ihren Tribut gefordert. Nach Aussagen der Fachleute und Sekundanten von Anand, Artur Jussupow und Peter Leko, hatte

der Inder so schlecht und unkonzentriert gespielt wie im ganzen vorangegangenen Jahrzehnt nicht. In Wijk aan Zee war es Karpow, der in eine tiefe Formkrise stürzte. Davor hatte er beim Hoogoven-Turnier nur 50 Prozent der Punkte erreicht. Es hätte für ihn schlimmer kommen könnte, wenn Anand im heutigen Rätsel der Sphinx seine Gewinnchancen nun nicht mit 1...Ta8-a2? verdorben hätte. Seine Stellung war so überlegen, daß er bei der richtigen Fortsetzung mit hoher Wahrscheinlichkeit den Sieg davongetragen hätte, Wanderer.



Karpow - Anand  
Wijk aan Zee 1998

### Auflösung des letzten Sphinx-Rätsels:

Der alter Fehler wurde mit 1.De4-h4! Dg6xd3 2.Tb1-b3 Dd3-c2 - 2...Dd3- g6 3.e3-e4 Kg8-h8 4.Tb3-g3 - 3.e3-e4! Tf8-e8 4.Dh4-g5+! neu bestraft. Schwarz gab auf, denn wohin der König auch zieht, der Tod kommt stets über die h-Linie.

<http://www.schattenblick.de/infopool/schach/schach/sph06831.html>

## Inhalt Ausgabe 2824 / Freitag, den 8. Februar 2019

- 1 EUROPOOL - REDAKTION:  
Brexit - auf Schlingerkurs ...
- 3 POLITIK - KOMMENTAR:  
Ökonomie - Zukunftsschlachtfeld Wirtschaft ...
- 5 SCHACH-SPHINX:  
Im Tie-Break gestrauchelt
- 6 DIENSTE - WETTER:  
Und morgen, den 8. Februar 2019

## DIENSTE / WETTER / AUSSICHTEN

### Und morgen, den 8. Februar 2019

+++ Vorhersage für den 08.02.2019 bis zum 09.02.2019 +++



Wolken dicht und regenschwer  
und ein starker Wind aus Süden  
schenkt den Tag wie Wasser her,  
heut' wird Jean-Luc schnell ermüden.

### IMPRESSUM

Diensteanbieter: MA-Verlag Helmut Barthel, e.K.  
Verantwortlicher Ansprechpartner:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Elektronische Postadresse: ma-verlag@gmx.de  
Telefonnummer: 04837/90 26 98  
Registergericht: Amtsgericht Pinneberg / HRA 1221 ME  
Journalistisch-redaktionelle Verantwortung (V.i.S.d.P.):  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
Inhaltlich Verantwortlicher gemäß § 10 Absatz 3 MDStV:  
Helmut Barthel, Dorfstraße 41, 25795 Stelle-Wittenwuth  
ISSN 2190-6963

Urheberschutz und Nutzung: Der Urheber räumt Ihnen ganz konkret das Nutzungsrecht ein, sich eine private Kopie für persönliche Zwecke anzufertigen. Nicht berechtigt sind Sie dagegen, die Materialien zu verändern und / oder weiter zu geben oder gar selbst zu veröffentlichen. Nachdruck und Wiedergabe, auch auszugsweise, nur mit ausdrücklicher Genehmigung des Verlages. Wenn nicht ausdrücklich anders vermerkt, liegen die Urheberrechte für Bild und Text bei: Helmut Barthel

Haftung: Die Inhalte dieses Newsletters wurden sorgfältig geprüft und nach bestem Wissen erstellt. Bei der Wiedergabe und Verarbeitung der publizierten Informationen können jedoch Fehler nie mit hundertprozentiger Sicherheit ausgeschlossen werden.